



Der Iran-Krieg – Europa und politische Zwecke von Israel und USA

Dr. Klaus Olshausen

April 2026

Zusammenfassung

Seit Wochen wird der internationale bewaffnete Konflikt zwischen Israel und den USA mit dramatischen Luft-einsätzen geführt. Zugleich bestimmt die iranische Sperrung der Straße von Hormuz mit ihren weltweiten Folgen für die Energieversorgung und die Weltwirtschaft das Handeln der Regierungen in Europa. Auch Folgen für die Unterstützung der Ukraine und Trumps Kritik an der fehlenden Unterstützung der NATO-Partner kennzeichnen die Lage. Seit Jahrzehnten werden von Europäern und Amerikanern vier Ziele in der Politik gegenüber Iran hervorgehoben: keine nukleare Bewaffnungstendenzen, keine Entwicklung von Raketen aller Reichweiten, Beendigung der Unterstützung v.a. gegen Israel kämpfender Milizen und keine Förderung von internationalem Terrorismus – alles mit keinem spürbaren Erfolg. Das hat zur Entscheidung Israels und der USA zum Luftkrieg beigetragen. Sollten diese Ziele nun mit einem neu formierten Regime oder durch dessen Ablösung erreicht werden können, werden die Staaten der Region und auch Europas dies trotz des abgelehnten Luftkriegs anerkennen. Dies umso mehr, als der iranische Waffeneinsatz in der Region noch einmal überzeugend dargelegt hat, dass alle Verhandlungen und Sanktionen über Jahrzehnte in allen vier Bereichen keine Änderungen oder auch nur Begrenzungen der Politik des Mullah-Regimes bewirkt haben.

Ob Trumps Drohungen „die Zivilisation zu zerschießen“ den Vorschlag Pakistans für eine Feuerpause von zwei Wochen mit hervorgebracht hat, wird unklar bleiben, aber Trump hat ihn genutzt, um aus dem eigenen Ultimatum auszusteigen. Aber jedwede Lösung der vielfältigen Probleme ist weiter mehr als fraglich.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die erneute aktive Phase mit kinetischen Mitteln im internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Iran ist mitten in der sechsten Woche. Neben den dramatischen Einsätzen von Kampfflugzeugen, Drohnen und Raketen auf militärische Ziele und kritische Infrastruktur, die europäische Regierungen mit völkerrechtlicher und politischer Kritik und Skepsis begleiten, bestimmen die iranische Sperrung der Straße von Hormuz mit ihren weltweiten Folgen für die Energieversorgung und mehr und mehr die Weltwirtschaft als Ganzes Aufmerksamkeit und Handeln der Regierungen auch in Europa.

Der Einsatz massiver militärischer Mittel Israels und v.a. der USA hat auch unmittelbare Folgen für die europäische Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine. Diese sich faktisch verstärkende Lücke bei vorgesehenen Lieferungen an die Ukraine wird dadurch verschärft, dass die Kritik der Europäer an diesem Krieg – verbunden mit der Ablehnung einer unmittelbaren Unterstützung zur Öffnung der Straße von Hormuz („das ist nicht unser Krieg“) – Präsident Trump veranlassen kann, sich aus dem Gefüge von Putins Ukraine-Krieg ganz zurückzuziehen.

Und wegen der Kritik und der ausbleibenden Unterstützung der Staaten der NATO in der politischen und kriegerischen Auseinandersetzung hat Trump auch angedroht, die „NATO zu verlassen“. In der kommenden Woche wird NATO-Generalsekretär Rutte in Washington versuchen (müssen), die Position und Politik der NATO-Staaten in Europa in den langjährigen Auseinandersetzungen mit dem Iran in einer Weise zu vermitteln, dass Gemeinsames nach vorne rückt und Kritik am „kinetischen Krieg“ nicht dominiert.

Das kann beginnen mit der Betonung der Übereinstimmung erheblicher politischer Zwecke in der Iranpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Auch nach Kriegsbeginn äußerte Bundeskanzler Friedrich Merz: „Bei allen Zweifeln teilen wir viele ihrer Ziele, ohne selbst imstande zu sein, sie auch tatsächlich zu erreichen“.

Die europäischen Regierungen haben nach dem 7. Oktober 2023 nicht erkannt, dass es eine starke politische und wirtschaftliche Reaktion aller gegen den Iran erforderte, wenn man Israels unilaterale Gestaltung in seiner massiven Auseinandersetzung mit dem hassvollen Iran – praktisch als internationaler bewaffneter Konflikt – beeinflussen wollte. Dass man dazu nicht bereit war, steht im Widerspruch mit der Tatsache, dass die EU und viele Europäer seit Jahren politische Zwecke teilen, die gegenüber dem Iran verfolgt und durchgesetzt werden sollten, wenn eine Befriedung des Verhältnisses mit Israel und eine Entwicklung breiter Stabilität in der Region erreicht werden soll.

Schon als das JCPOA-Abkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, auch als Iran-Atomabkommen bezeichnet) zur Begrenzung iranischer Nuklearprogramme im Sommer 2015 abgeschlossen wurde, blieben die bereits – als besorgniserregend – gestarteten Entwicklungen bei Raketen und Drohnen ebenso unbearbeitet wie die Einhegung destabilisierender Aktivitäten des Iran in der Region und darüber hinaus. Der Hamas-Krieg gegen Israel seit 2023 veranlassten die EU und europäische Staaten nicht zu starken politischen und wirtschaftlichen Schritten gegen das Mullah-Regime in Teheran. Vielmehr veranlasste Israels Kampf im Gaza wegen dessen als völkerrechtswidrig verurteilten Durchführung die EU und westliche Staaten zu unterschiedlichen Schritten gegen Israel. Zwar steht die Hamas schon seit 2001 auf der EU-Terrorliste, aber die anhaltende Unterstützung durch Iran erlaubte der Hamas, ihre Macht bis zum Oktober 2023 auszubauen.

Auch während der laufenden Auseinandersetzung und ebenso nach Irans Angriffen auf Israel hielten die „E3“ und damit die EU-Staaten an der Öffnung der Sanktionen gem. JCPOA fest. Erst Wochen vor dem Auslaufen des JCPOA Ende 2025 entschieden die E3, das Instrument des „snapback“ zur Wiedereinsetzung aller Sanktion gegen



den Iran vor dem JCPOA in Kraft zu setzen. Es ist verständlich, dass Israel geringe Erwartungen hatte, durch die EU, die EU-Mitgliedstaaten und auch europäische NATO-Staaten starke politische und wirtschaftliche, geschweige denn militärische Unterstützung in dem sich seit Oktober 2023 zuspitzenden Konflikt mit dem Mullah-Regime zu erhalten. Endlich die Revolutionsgarden – nach heftiger Diskussion – als Terror-Organisation zu listen, schien den meisten schon ein maximaler Schritt neben einer Reihe von Sanktionen gegen weitere Personen.

Nach den Januar-Massakern im Iran gegen massenhafte Proteste konnte Israel offensichtlich Präsident Trumps Zustimmung gewinnen, den Konflikt mit Iran durch einen massiven Luftkrieg so weit voranzutreiben, dass entweder ein Wechsel des Regimes durch die unzufriedene und leidende Bevölkerung möglich werden könnte oder ein drastisch geschwächtes Regime Vereinbarungen mit Israel und den USA akzeptieren würde, um ihre restliche Macht im Land zu behaupten.

Weder die Staaten Europas noch Israel oder die USA haben ein Interesse am Fortbestehen des auch bei der eigenen Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten, ja verhassten Regimes in Teheran.

Der massive Luftkrieg der USA und Israels und die starke militärische Antwort Irans gegen die Staaten der Golfregion lassen (noch) nicht erkennen, ob vier Ziele, die auch europäische Staaten teilen, erreicht werden können: Erstens der endgültige Verzicht des Iran auf nukleare Waffen, einschließlich der Aushändigung der 400 Kilo 60% angereichertem Uran, zweitens die Einstellung jeder Entwicklung und Produktion von ballistischen Raketen aller Reichweiten, drittens die Beendigung der politischen und militärischen Unterstützung v.a. der drei Terror-Milizen Hisbollah, Hamas und Huthis und viertens das Unterlassen jeder Förderung von internationalem Terror in der Region und darüber hinaus.

Sollten Israel und die USA dies mit einem neu formierten Regime oder durch dessen Ablösung erreichen können, werden die Staaten der Region, aber auch Europas, dies trotz des abgelehnten Luftkriegs anerkennen. Dies umso mehr als der iranische Waffeneinsatz bereits überzeugend unterstrichen hat, dass mit allen Verhandlungen und Sanktionen über Jahrzehnte in allen vier Bereichen keine Änderungen oder auch nur Begrenzungen der iranischen Politik erreicht worden sind.

Allerdings kann das nur gelten, wenn Trumps Drohung „eine ganze Zivilisation zu vernichten“, die Timothy Snyder schon als genozidale Absicht beurteilt, nicht mit einem so großen Schlag beginnt, dass daran alle Überlegungen für Verhandlungen zerschellen und Trump Amerika in eine Isolation führt, aus der er keinen Ausweg aufzeigen kann oder will. Aber man mag auch annehmen, dass Trump, der „das ja nicht auslösen möchte“, im letzten Moment dem ihm oft folgenden „TAKE“ Satz folgt. Und die letzte Information eines weiteren Vorschlags aus Pakistan für eine zweiwöchige Waffenpause mit einer Öffnung der Straße von Hormuz könnte diesen Weg öffnen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen